

**Hinweise für Erziehungsberechtigte
zur Beschäftigung von Integrationshelfern**

Integrationshelfer, die in der Schule eingesetzt werden sollen, werden oftmals durch einen direkten privatrechtlichen Vertrag mit den jeweiligen Erziehungsberechtigten verpflichtet. In diesem Zusammenhang ergeben sich in der Regel auch finanzierungsrechtliche Fragen, die zu klären sind. Zur ersten Orientierung möchten wir hierzu folgende Hinweise geben:

1. Arbeitsvertrag

Ist der Integrationshelfer nicht durch einen entsprechenden Anbieter von Integrationshelfern angestellt, so müssen die Erziehungsberechtigten selbst einen privatrechtlichen Vertrag mit dem Integrationshelfer schließen. Dies sollte schriftlich erfolgen und jedenfalls die wesentlichen Verpflichtungen beider Seiten (Leistung des Integrationshelfers, Vergütung) festhalten.

2. Status des Integrationshelfers

In der Regel wird der Integrationshelfer als Arbeitnehmer einzuordnen sein, da er zumeist eine nichtselbstständige Tätigkeit ausüben wird. In Betracht kommt auch eine selbstständige Tätigkeit des Integrationshelfers (als Unternehmer). Es ist für den jeweiligen Einzelfall zu prüfen, wie die Einordnung tatsächlich zu erfolgen hat. Entscheidend sind dabei zum Beispiel die persönliche Abhängigkeit des Integrationshelfers, die Weisungsgebundenheit und der zeitliche Umfang seiner Tätigkeit. Zu empfehlen ist in diesem Zusammenhang ein persönliches Gespräch mit dem zuständigen Finanzamt. Dieses kann beratend zur Seite stehen und darüber Auskunft geben, wie die Einordnung zu erfolgen hat.

Wird eine Arbeitnehmereigenschaft des Integrationshelfers bejaht, so kann das zuständige Finanzamt auch darüber informieren, ob und wie eine Verpflichtung zum Abzug der Lohnsteuer und der Sozialabgaben aus der Vergütung für den Integrationshelfer zu erfolgen hat. Je nach Umfang der Beschäftigung des Integrationshelfers (400 € Lohn als monatliche Höchstgrenze) kommt auch eine Einordnung als Minijob in Betracht. Information

und Beratung leistet in diesem Fall die bundesweit zuständige Minijob-Zentrale (www.minijob-zentrale.de; Service-Telefon: 01801 / 200 504).

3. Steuerliche Absetzbarkeit

Schließen Erziehungsberechtigte mit einem Integrationshelfer einen Arbeitsvertrag ab, ohne dass sie die Kosten für den Einsatz des Integrationshelfers durch die Sozialbehörde (vollständig) ersetzt bekommen, so können diese steuerlich geltend gemacht werden. Die Kosten stellen in der Regel behinderungsbedingten Mehraufwand des Kindes dar und sind grundsätzlich als außergewöhnliche Belastungen im Sinne des § 33 Einkommenssteuergesetz, EStG, steuerlich absetzbar. Bei Inanspruchnahme des Pauschbetrags für behinderte Menschen nach § 33b EStG sind die Kosten allerdings mit dem Pauschbetrag abgegolten.